

Eugen von Dultzig, Das deutsche Grunderbrecht in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte von O. Gierke. 58. Heft). Breslau, M. u. H. Marcus. 1899, IX u. 372 S. 8°.

Im Jahre 1895 haben Lujo Brentano und sein Schüler Ludwig Fick durch ihren Versuch, neue Anschauungen über die Natur des Grundeigenthums, die Entwicklung des Erbrechts und insbesondere die bauerliche Erbfolge zu begründen, vorübergehendes Aufsehen erregt. Drei kleine Artikel in der damals für breite Lesermassen tonangebenden „Zukunft“ schienen Brentano zu genügen, um mühsam erarbeitete Resultate der rechtsgeschichtlichen Forschung umzurennen. In akademischer Form verfocht Fick die Hypothesen seines Meisters für ein beschränktes Gebiet, das rechtsrheinische Baiern.

Die Wissenschaft der deutschen Rechtsgeschichte hat diesen nationalökonomischen Angriff nicht schwer genommen. Denn derselbe hatte, wie von vornherein auf der Hand lag, seinen Ausgangspunkt weniger in einem rechtshistorischen Interesse als in einem wirtschaftspolitischen Wunsch, und dieser Wunsch war beiden Autoren zum Vater ihrer rechtsgeschichtlichen Gedanken geworden. Weil Brentano und sein Jünger die noch heute vielfach dauernde, ja neuerdings wiederum gesetzlich begünstigte Bindung des bauerlichen Grundeigenthums durch das Anerbenrecht von nationalökonomischen Gesichtspunkten aus für unzweckmäßig hielten, darum musste dies Anerbenrecht ein Institut sein, welches seinen Entstehungsgrund allein im selbststüchtigen Interesse der Grundherren an der Fähigkeit ihrer hofhörigen Bauern zu Zinsen, Frohnden und Laudemien haben konnte und somit seine Daseinsberechtigung spätestens seit Aufhebung der Grundherrlichkeit verloren hatte. Einmal aber auf den unsicheren Boden der Speculation gerathen, verirrten sich die wirtschaftspolitischen Wanderer immer mehr im Gebiete der Rechtsgeschichte, und so kam Brentano zu der Behauptung, die deutsche Grundherrschaft und das deutsche Hofrecht seien die unmittelbare Fortsetzung des römischen Latifundienwesens.

Auch die vorliegende Arbeit v. Dultzigs verlegt ihren Schwerpunkt nicht eigentlich in die rechtsgeschichtliche Erörterung. Weit über die Hälfte des Buches ist der dogmatischen Schilderung des heutigen Anerbenrechtes und der rechtspolitischen Discussion über seine zweckmäßigste Gestaltung in der Zukunft gewidmet. Auf diese Partien der Monographie ist hier nicht einzutreten, unser Referat beschränkt sich füglich auf den geschichtlichen Theil derselben.

Und da kann vorausgeschickt werden, dass der allgemeine Ideen- gang des Verfassers von tüchtiger Kraft zu rechtshistorischer Arbeit zeugt. Hätte Ref. auch lieber nicht vom Autor selbst erfahren, dass sein Buch in früherer Gestalt als Referendarsabhandlung eine „unge- wöhnlich glänzende Beurtheilung“ erfahren und zur Doctordisserdation umgewandelt abermals das Prädicat „sehr gut“ erhalten habe, so

sollen ihm doch diese von kompetenter Seite zuerkannten Ehren auf richtig gegönnt sein.

D. steht auf einem dem Brentano-Fick'schen völlig entgegengesetzten Standpunkte. Für ihn ist das Anerbenrecht kein auf hofrechtliche Verhältnisse beschränktes Rechtsinstitut. Es ist nicht allein aus der Untheilbarkeit der Güter entsprossen, sondern muss noch andere Wurzeln haben, insbesondere lässt sich das Recht der Abfindung nicht aus der Untheilbarkeit erklären. Und die Untheilbarkeit ihrerseits findet sich auch ausserhalb des Hofrechts. Die vornehmste Grundlage des Anerbenrechts ist vielmehr die Hausgemeinschaft und das auf ihr beruhende Gesamteigenthum der Familie am Hausvermögen, welches der Familienvater nur verwaltet, alle Hausgenossen aber mit ihm nutzen. Lediglich diese Vertretungsbefugniß des Hausvaters ist es daher, welche nach seinem Tode den Söhnen zufällt, während die Töchter zu solcher Vertreterschaft unfähig erscheinen. Das Nutzungsrecht jedoch, weil in der Hausgemeinschaft begründet, dauert nur so lange als diese selbst, wer das Haus verlässt, tritt aus der Gesamthänderschaft der Familie aus und hat keinen Anspruch auf das Hausvermögen mehr. Töchter geben ihre bisherige Hausgemeinschaft nie anders als durch Heirat auf, erwerben also in demselben Augenblicke, wo sie ihre Rechte am Gesamteigenthum der angeborenen Familie verlieren, entsprechende Rechte am Familienvermögen ihres Gatten: daher ist wenigstens den älteren Zeiten eine Dotirung der Braut durch ihren Gewalthaber fremd. Anders bei den die Hausgemeinschaft aufgebenden Söhnen, welche diesen Schritt regelmässig thun, um sich wirthschaftlich selbständig zu machen und Häupter einer eigenen neu zu gründenden Hausgemeinschaft zu werden. Bei ihnen wird das alte Nutzungsrecht nicht, wie bei den heiratenden Töchtern, sofort durch ein anderes ersetzt, es erscheint daher billig, für den Verzicht eine Entschädigung zu gewähren, und das geschieht durch die dem bisherigen Nutzungsrechte entsprechende Abfindung. Solche Abfindung kommt thatsächlich in starke Uebung: meist werden alle Söhne bis auf einen ausgeradet. Bleibt gewohnheitsmässig der jüngste Haussohn allein in der Were des Vaters, so entsteht das Institut des Minorats, weichen umgekehrt die jüngeren Söhne dem ältesten, so kommt es zur Ausbildung des Majorats. Wie aber das Anerbenrecht, so ist andererseits auch das Erbrecht des nicht zur Hausgenossenschaft gehörenden weiteren Magenkreises im letzten Grunde aus dem Gedanken des Gesamteigenthums hervorgegangen, indem man beim Fehlen wirklicher Gesamthänder die Gesamthand-Verbände, aus denen sich die einzelnen Haushaltungen abgelöst hatten, wiederum rückwärts aufsuchte und auf diese Weise zur Parentelenordnung gelangte.

Soviel in grossen Zügen über den historischen Gedankengang des Buches, der, wie gesagt, als Ganzes betrachtet, glücklich und wohl gelungen genannt werden darf. Im Einzelnen freilich sind manche Bedenken zu erheben und manche Lücken zu bedauern. Theilweise

scheinen dieselben auf eine principielle Ueberzeugung des Verfassers zurückzuführen, welcher Ref. sich nicht anschliessen vermag. Mit Recht polemisiert D. energisch gegen Brentanos Art, alle Rechtswirkung aus wirthschaftlichen Gesichtspunkten und Zweckgedanken erklären zu wollen. Aber er verfällt selbst in das entgegengesetzte Extrem, wenn er behauptet, Brentano kehre gradezu das Verhältniss von Ursache und Wirkung um: nicht weil die wirthschaftlichen Verhältnisse eine bestimmte Lage schufen, bilde sich das Recht dementsprechend, sondern weil die Anschauungen des Volkes bestimmte Rechtssätze geschaffen hätten, forme sich danach die wirthschaftliche Lage. Das schiesst weit über's Ziel. In Wahrheit ist der wirthschaftliche Zweckgedanke doch ein primäres Culturelement. Aber freilich nicht das einzige. Neben ihm wirken in vollster Gleichwerthigkeit der sittliche und der ästhetisch-intellektuelle Zweckgedanke als solche primäre Culturelemente, und in der Verkennung dieses ihren Wesens liegt der fundamentale Irrthum einseitiger Wirthschaftshistoriker und Wirthschaftspolitiker. Das Recht aber ist und bleibt grundsätzlich secundäres Culturelement: es gibt den mannichfachen Zweckgedanken der menschlichen Gesellschaft ihre zeitgemäße Form, und nur weil diese verschiedenen Zweckgedanken in ihrer Ausgestaltung niemals gleichen Schritt halten, geschieht es, dass das Recht, indem es gewisse Postulate der Zeit verwirklicht, den übrigen gleichzeitig wirkenden Zweckgedanken gelegentlich vorauszuweichen scheint. Wer aber das Recht einer Geschichtsepoche ergründen will, der muss unter allen Umständen zuvor die wirthschaftlichen Verhältnisse, die sonstigen Kriterien der socialen Gliederung und den allgemeinen Zustand des sittlichen Bewusstseins dieser Zeit zu verstehen gelernt haben.

Auch D.'s Arbeit würde daher wesentlich gewonnen haben, wenn der Verfasser die Geschichte speciell der wirthschaftlichen Zustände, denen das deutsche Grunderbrecht Gestalt gab, mehr auf sich hätte wirken lassen. Er würde dann von selbst zu einer bei seinem Thema fast unentbehrlichen zeitlichen Periodisirung und localen Differenzirung des Stoffes gekommen sein, und das hätte seinen Ausführungen eine weit stärkere Plastik und Ueberzeugungskraft verleihen müssen, als ihnen thatsächlich innewohnt. Denn in den ersten Paragraphen seines Buches, in denen die Ansicht von der Untheilbarkeit der Güter als der alleinigen Wurzel des Anerbenrechts bekämpft wird, verzichtet D. auf jede Periodisirung und verwendet demgemäss auch Quellenzeugnisse der verschiedensten Zeiten promiscue neben einander. In den weiteren Abschnitten ist die Periodisirung mindestens eine recht verschwommene und unklare: wenigstens vermag Ref. sich unter der Epoche „seit den letzten Zeiten der Weisthümer bis zur Zeit der Landesordnungen im 18. Jahrhundert“ (S. 108, 123) nichts Bestimmtes vorzustellen, da ja bekanntlich auch im 18. Jahrhundert noch vereinzelte Weisthümer aufgezeichnet worden sind. Schlimmer aber ist, dass die Gleichgültigkeit des Autors gegenüber der Wirthschaftsgeschichte ihn vereinzelt zu groben Irrthümern verführt. So war Ref. auf's Aeusserste

erstaunt, aus dem D.'schen Buche ohne weiteren Beweis zu erfahren, dass die gelehrten Vertreter des neu recipirten römischen Rechts dem deutschen Bauernrecht ein weitgehendes Verständniss entgegengebracht hätten (S. 123). Auch dass die Bauern damals grundsätzlich ihre Güter zu freiem Eigen inne gehabt hätten (S. 124 Anm. 116), ist eine Behauptung, die in solcher Allgemeinheit für das Zeitalter der Bauernkriege aufgestellt Kopfschütteln veranlassen muss. Was endlich die im Thema liegende Nothwendigkeit gesonderter Behandlung local differenzirter Zustände anbetrifft, so genüge hier die Andeutung, dass das Gemeintheigentum am Hausvermögen und das darauf beruhende Grundeigenthum sich m. E. verschieden gestalten musste, je nachdem die Ansiedelung in Dorfschaften mit Gemengelage und Flurzwang oder nach dem System der Einzelhöfe erfolgte.

Rostock.

Heinrich Geffcken.

K. Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens. Leipzig, S. Hirzel 1898. IV, 192 S.

Bei einem Jeden, der es unternimmt, über K. Hegel's neues Buch Bericht zu erstatten, wird die Verehrung für den Altmeister stadtgeschichtlicher Forschung in Conflict gerathen mit der Nothwendigkeit, die „Entstehung des deutschen Städtewesens“ nicht so hoch einzuschätzen wie die älteren Werke aus Hegels Feder. Vielfache Anregung ist von seiner Thätigkeit ausgegangen; die von ihm herausgegebenen Bände der deutschen Städtechroniken sind vorbildliche Muster geworden; seine „Städte und Gilden der germanischen Völker“ brachten die endgültige Widerlegung jener Theorie, die in den Stadtgemeinden ursprüngliche Gilden erblickt hatte. Auf welchem Wege entstand das deutsche Städtewesen? — diese oft behandelte Frage beschäftigt das vorliegende Buch. Hegels Antwort lautet anders als die seiner Vorgänger, aber die von ihm vorgeschlagene Lösung des Problems kann nicht vollauf befriedigen.

Jede Untersuchung über deutsches Städtewesen hat festzustellen, welche wesentlichen Eigenschaften einen Ort zur Stadt im rechtlichen Sinne machen; wie sehr schon hier die Meinungen auseinandergehen, ist bekannt genug. Nach Hegel nun „macht nicht der Markt und nicht die äussere Befestigung, sondern einzig und allein das gewordene oder verliehene Stadtrecht ein Dorf oder einen Markort zur Stadt“. „Das Stadtrecht ist ein besonderes Recht, das Recht der Bürger, ius civile, entgegengesetzt dem Landrecht, ius commune. Das Landrecht war die Wurzel des Stadtrechts, wie die Dorfgemeinde die Mutter der Stadtgemeinde. Aus den verschiedenen Landrechten . . . sind ursprünglich die Stadtrechte hervorgegangen. Stadtrecht wird das Landrecht erst dadurch, dass es sich dem städtischen Zusammenleben und Verkehr sowie den sich daraus ergebenden Bedürfnissen und Zwecken an-